



Niederschrift über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderats

am 26.02.2026 im Sitzungssaal Steinscheuer, Brückenstraße 7 in Weinstadt-Großheppach

Beginn: 18:00 Uhr, Ende: 21:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Oberbürgermeister Michael Scharmann

Mitglieder

Frau Gülden Aygün-Sagdic

Herr Max Bachteler

Herr Florian Bauer

Herr Tim Bergmüller

Herr Friedrich Dippon

Herr Markus Dobler

befangen bei TOP 5 und 6

Herr Roland Ebner

Herr Volker Gaupp

Herr Jens Häcker

Herr Samuel Herbrich

ab 18:40 Uhr

Frau Uta Heß

Frau Larissa Hubschneider

Frau Franziska Jung

Herr Julian Künkele

Herr Richard Schnaitmann

Herr Nico Serafini

Herr Dr. Manfred Siglinger

Frau Ina Steiner

Herr Ingo Ulamec

Herr Ulrich Witzlinger

Herr Armin Zimmerle

Schriftführerin

Frau Tina Paul

Entschuldigt:

Mitglieder

Frau Karin Gaiser

Herr Uwe Hoffmann

Herr Michael Koch

Frau Dr. Annette Rebmann

Frau Andrea Weber

Außerdem anwesend:

Erster Bürgermeister Deißler

Städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Vertreter der Presse

15 Bürgerinnen und Bürger

Öffentliche Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Abberufung und Bestellung von Funktionsträgern der Freiwilligen Feuerwehr
- Abteilungskommandant Abteilung Strümpfelbach BU Nr. 021/2026
3. Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2026
- 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026
- Haushaltsreden der Gemeinderatsfraktionen
- 3.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026 BU Nr. 027/2026
- Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplanentwurf und weitere Änderungsvorschläge der Verwaltung
- 3.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026 BU Nr. 001/2026
- Änderungsvorschläge der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf
- 3.4. Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2026
4. Das W - Hallenbad Weinstadt; Öffentlicher Betrieb als Ganzjahresbad BU Nr. 015/2026
- Grundsatzentscheidung
5. Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften Schönbühl - 2. Änderung und Erweiterung (Solarpark Schönbühl - Teilfläche Weinstadt) BU Nr. 168/2025
- Zustimmung zum Abwägungsvorschlag aus frühzeitiger Öffentlichkeitsbeteiligung und frühzeitiger Unterrichtung der Behörden
- Billigung des Bebauungsplanentwurfs und der Örtlichen Bauvorschriften
- Auslegungsbeschluss
6. Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften Solarpark Ellenrain BU Nr. 170/2025
- Zustimmung zum Bebauungsplanvorentwurf
- Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange
7. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes
- 7.1. Nachtsperren zwischen Weinstadt-Baach und Baltmannsweiler

1. **Bürgerfragestunde**

Die Vorstandssprecherin des Stadtseniorenrats teilt mit, dass sie sich erlaubt habe, Flyer des Stadtseniorenrats zu verteilen. Aus Kostengründen würden die Flyer künftig im Rathaus sowie in Geschäften in den Ortsteilen ausgelegt und nicht mehr postalisch versendet. Zudem verweist sie auf die Homepage des Stadtseniorenrats.

Die Vorstandssprecherin des Stadtseniorenrats teilt mit, dass sie sich erlaubt habe, Flyer des Stadtseniorenrats zu verteilen. Aus Kostengründen würden die Flyer künftig im Rathaus sowie in Geschäften in den Ortsteilen ausgelegt und nicht mehr postalisch versendet. Zudem verweist sie auf die Homepage des Stadtseniorenrats.

2. **Abberufung und Bestellung von Funktionsträgern der BU Nr. 021/2026 Freiwilligen Feuerwehr - Abteilungskommandant Abteilung Strümpfelbach**

Auf einen Sachvortrag sowie eine Aussprache wird verzichtet.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1) **Der Gemeinderat stimmt der Abberufung von Herrn Thomas Wilhelm als Abteilungskommandant der der Freiwilligen Feuerwehr Weinstadt, Abteilung Strümpfelbach gemäß § 8 Feuerwehrgesetz zu.**
- 2) **Der Gemeinderat stimmt der Wahl sowie der vorgesehenen Bestellung von Herrn Oliver Grund zum Abteilungskommandanten der der Freiwilligen Feuerwehr Weinstadt, Abteilung Strümpfelbach gemäß § 8 Feuerwehrgesetz zu.**

3. **Beratung und Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2026**

3.1. **Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026 - Haushaltsreden der Gemeinderatsfraktionen**

Die Fraktionsvorsitzenden halten ihre Haushaltsreden. Diese sind dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Stadtrat Herbrich betritt um 18:40 Uhr den Sitzungssaal.

**3.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026
- Anträge der Gemeinderatsfraktionen zum Haushaltsplanentwurf und weitere Änderungsvorschläge der Verwaltung**

BU Nr. 027/2026

Nach einer kurzen Einführung durch Herrn Weingärtner, Leiter der Finanzverwaltung, erfolgt die Abstimmung über die Anträge der Fraktionen.

Haushaltsantrag 1 - CDU: 11.20.0000 Zentrale Steuerung

Stadtrat Gaupp erläutert den Antrag. Über die Jahre hätten sich verschiedene Mitgliedschaften der Stadt angesammelt. Ziel sei es, die damit verbundenen Kosten transparenter zu machen und zu prüfen, welche Mitgliedschaften weiterhin erforderlich seien.

Oberbürgermeister Scharmann äußert, der Beschlussvorschlag der Verwaltung laute auf Ablehnung des Antrags. Die Verwaltung beabsichtige jedoch, im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission eine Übersicht über sämtliche Mitgliedschaften der Ämter vorzulegen. Auf dieser Grundlage könne anschließend geprüft werden, welche Mitgliedschaften sinnvoll seien. Von pauschalen Kürzungen werde abgeraten.

Stadtrat Dr. Siglinger betont die Bedeutung starker Interessenvertretungen der Städte und Gemeinden, insbesondere angesichts zunehmender Aufgabenübertragungen durch Bund und Land.

Stadtrat Bergmüller erklärt, dass auch die SPD eine Überprüfung der Mitgliedschaften befürworte, jedoch keine pauschalen Kürzungen beschließen wolle und die Beratung im Rahmen der Haushaltsstrukturkommission erfolgen solle.

Stadtrat Gaupp erklärt sich bereit, den Antrag zurückzuziehen, bittet jedoch um eine zeitliche Perspektive für die Vorlage der Übersicht.

Oberbürgermeister Scharmann sagt eine inhaltliche Aufbereitung des Themas für eine Sitzung der Haushaltsstrukturkommission im ersten Halbjahr 2026 zu.

Der Antrag wird sodann zurückgenommen.

Haushaltsantrag 2 – SPD: 11.24.0000 Grundstücks- und Gebäudemanagement Schulen

Die Vorsitzende des Jugendgemeinderats berichtet von Rundgängen an Schulen gemeinsam mit den Schulleitungen, bei denen die Zustände der Toilettenanlagen dokumentiert worden seien. Dabei hätten sich unterschiedliche Zustände gezeigt. Vor diesem Hintergrund unterstütze der Jugendgemeinderat den Antrag. Auch im Hinblick auf den Ausbau der Ganztagschule sei eine Verbesserung der Situation wichtig.

Stadtrat Bergmüller führt aus, die Dringlichkeit des Themas sei deutlich geworden. Hinweise hierzu habe man nicht nur vom Jugendgemeinderat, sondern auch von Schülerinnen und Schülern sowie von Eltern erhalten. Teilweise befänden sich die Toiletten in einem Zustand, dass sie von den Schülerinnen und Schülern nicht genutzt würden. Trotz angespannter Haushaltslage handle es sich um ein Grundbedürfnis und eine sinnvolle Investition.

Oberbürgermeister Scharmann führt aus, dass es zwar Defizite gebe, in den vergangenen Jahren jedoch bereits zahlreiche Anlagen saniert worden seien und auch künftig jährliche weitere Sanierungen vorgesehen seien. Einen festen Betrag für mehrere Jahre festzulegen halte er derzeit für schwierig; die Maßnahmen würden nach Dringlichkeit priorisiert.

Stadtrat Ebner äußert, man solle der Verwaltung bei der Priorisierung vertrauen, statt zusätzliche Bürokratie zu schaffen.

Stadtrat Dr. Siglinger führt aus, dass seine Fraktion dem Antrag grundsätzlich positiv gegenüberstehe, da ein dringender Handlungsbedarf bestehe. Mit zusätzlicher Bürokratie habe der Antrag nichts zu tun. Der vorgeschlagene Betrag erscheine jedoch zu hoch. Zunächst sollten die in diesem Jahr verfügbaren Mittel eingesetzt und die Prioritäten durch die Fachleute festgelegt werden; auf dieser Grundlage könne anschließend eine konkrete Veranschlagung im Haushalt erfolgen.

Stadtrat Gaupp führt aus, er teile die Auffassung der Verwaltung und vertraue deren Priorisierung; zusätzliche Mittel müssten gegenfinanziert werden.

Der Gemeinderat lehnt daraufhin bei 7 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und 1 Enthaltung den Haushaltsantrag der SPD ab.

Haushaltsantrag 3 – GRÜNE / CDU / SPD: 11.24.8000 / 42.41.1400 Schnaiter Halle - Gaststätte "Silcherstube"

Stadtrat Gaupp weist darauf hin, dass bei einer Neuverpachtung Risiken bestünden, da möglicherweise weitere Forderungen gestellt würden. Der TSV Schnait wachse und verzeichne großen Zulauf, weshalb dort entsprechender Raumbedarf bestehe. Darin sehe er eine Chance für den Teilort Schnait.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin einstimmig dem Haushaltsantrag der GRÜNEN, CDU und SPD zu.

Haushaltsantrag 4 – FWW: 12.21.0000 Verkehrswesen - Maßnahme Nr. 100

Oberbürgermeister Scharmann führt aus, dass spontane und gezielte Messungen beim Ausleihen eines Geräts nur schwer durchzuführen seien. Neben der Verkehrserziehung würden dabei auch entsprechende Bußgelder erzielt.

Stadtrat Ebner äußert, angesichts der angespannten Haushaltslage solle die Beschaffung verschoben und zunächst eine interkommunale Zusammenarbeit geprüft werden.

Stadtrat Bergmüller äußert, die Idee der interkommunalen Zusammenarbeit sei grundsätzlich sinnvoll, jedoch nicht in diesem Bereich. Weinstadt sei keine kleine Stadt und verfüge bislang weder über stationäre noch über mobile Blitzer. Den Vorschlag der Verwaltung halte er daher für richtig.

Oberbürgermeister Scharmann erläutert, Interkommunale Zusammenarbeit gebe es bereits in vielen Bereichen, etwa bei der Kläranlage, der Musikschule oder der Volkshochschule.

Stadtrat Dr. Siglinger führt aus, Interkommunale Zusammenarbeit sei grundsätzlich zu begrüßen, hier jedoch nicht passend. Es sei wichtig, selbst handlungsfähig zu bleiben und auf örtliche Situationen reagieren zu können. Auch wirtschaftlich sei ein Einsatz in Weinstadt sinnvoll.

Stadtrat Gaupp äußert, es gehe nicht darum, ob Weinstadt mehr oder weniger blitze, sondern darum, handlungsfähig zu bleiben und wirtschaftlich zu handeln.

Der Gemeinderat lehnt daraufhin bei 7 Ja-Stimmen und 15 Gegenstimmen den Haushaltsantrag der FWW ab.

Haushaltsantrag 5 – CDU: 12.22.0000 Einwohnermelde-/Passwesen - Maßnahme Nr. 100

Oberbürgermeister Scharmann verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung. Er schlägt vor, den Antrag als Prüfantrag mitzunehmen, das Thema fachlich aufzuarbeiten und dem Gremium erneut vorzulegen. Eine mögliche Umsetzung könne unter Abwägung der Vor- und Nachteile im Jahr 2027 beraten werden.

Stadtrat Gaupp führt aus, dass eine Dokumentenbox das Bürgerbüro bürgerfreundlicher machen und eine Abholung von Dokumenten rund um die Uhr ermöglichen könne. Ein solches System werde bereits in Aalen erfolgreich genutzt.

Stadtrat Dr. Siglinger äußert, die Idee werde grundsätzlich begrüßt, da sie sowohl eine Verbesserung für Bürgerinnen und Bürger als auch eine Entlastung der Verwaltung darstelle. Die genannten Kosten von rund 35.000 Euro würden jedoch voraussichtlich nicht ausreichen. Daher werde eine sorgfältige Prüfung und Aufarbeitung des Themas befürwortet.

Der Gemeinderat lehnt daraufhin bei 8 Ja-Stimmen, 12 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen den Haushaltsantrag der CDU ab.

Haushaltsantrag 6 – CDU und FWW: 36.20.0300 Kinder- und Jugendbeteiligung

Oberbürgermeister Scharmann erläutert kurz, dass es sich um einen Übertragungsfehler handle.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin einstimmig dem Haushaltsantrag der CDU und der FWW zu.

Haushaltsantrag 7 – FWW: 42.41.nnnn Städtische Hallen und weitere Veranstaltungsräume

Stadtrat Ebner erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Beck, Leiter des Haupt- und Personalamts, erläutert, dass es sich bei der überwiegenden Zahl der Räume um öffentlich-rechtliche Benutzungen handelt, für die Gebühren erhoben würden. Diese Gebührensätze seien entsprechend kalkuliert worden.

Nur bei wenigen Räumen werde ein privatrechtliches Nutzungsentgelt erhoben; in diesen Fällen erfolge die Nutzung auf Grundlage eines Mietvertrags und ohne Benutzungsordnung. Die letzte Kalkulation sei 2015/2016 von der Verwaltung selbst erstellt worden. Nach rund zehn Jahren sei eine erneute Kalkulation sowohl legitim als auch sinnvoll. Eine Festlegung oder Änderung von Gebühren ohne entsprechende Kalkulation sei rechtlich nicht zulässig.

Stadtrat Ebner äußert, wenn die Regelungen so festgelegt seien, müsse sich die Verwaltung daranhalten. In diesem Fall könne gegebenenfalls das Regelungsbefreiungsgesetz angewendet werden.

Er zieht sodann den Antrag zurück.

Herr Beck ergänzt, dass das Gebührenaufkommen insgesamt überschaubar sei. Vereine erhielten freie Veranstaltungen oder ermäßigte Gebührensätze. Private Nutzungen seien prozentual geringer, auswärtige Nutzungen kämen nur in Ausnahmefällen vor. Höhere Einnahmen ließen sich im Wesentlichen nur erzielen, wenn Vereinsnutzungen verteuert würden.

Stadtrat Witzlinger äußert, dass in der Bevölkerung vermutlich Verständnis für höhere Gebühren vorhanden wäre. Man müsse hier stärker auf die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger setzen.

Es wird angestrebt, das Thema nach der Übergabe an das neu zuständige Amt aufzugreifen und weiterzuerfolgen, sobald dort entsprechende Kapazitäten vorhanden sind.

Haushaltsantrag 8 – SPD: 55.10.0000 Öffentliches Grün, Landschaftsbau

Stadtrat Künkele erklärt, dass mit dem Antrag auch eine Entlastung der Stadtgärtnerei erreicht werden solle. Derzeit seien Informationen über Patenschaften weder auf der städtischen Homepage noch über „Konny“ auffindbar. Der Antrag solle daher bestehen bleiben, um das Thema stärker bekannt zu machen.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin bei 9 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen dem Haushaltsantrag der SPD zu.

Haushaltsantrag 9 – GRÜNE / CDU / SPD: 55.20.0000 Gewässerschutz - Maßnahme Nr. 211

Herr Baumeister, Leiter des Tiefbauamts erklärt, dass für die Maßnahme noch umfangreiche wasserrechtliche Prüfungen notwendig seien. Daher könne eine Umsetzung im Jahr 2026 nicht erfolgen; ein Start sei realistisch erst ab Mitte 2027 sinnvoll. Es mache keinen Sinn, bereits jetzt finanzielle Mittel bereitzustellen, wenn aufgrund fehlender Genehmigungen noch nicht gehandelt werden könne.

Mehrere Redner betonen die Notwendigkeit der Maßnahme. Gleichzeitig wird kritisiert, dass bürokratische Hürden die Umsetzung verzögerten.

Oberbürgermeister Scharmann weist darauf hin, dass fachliche Abwägungen durch Behörden notwendig sind, auch wenn der bürokratische Aufwand teilweise als zu hoch empfunden wird.

Er schlägt folgenden abgeänderten Antrag vor:

Die Verwaltung wird beauftragt, die ursprünglich für den Zeitraum, nach 2029 geplanten Tiefbaumaßnahmen zur Starkregenableitung im Stadtteil Baach, signifikant vorzuziehen. Die notwendigen Ausschreibungen sind zu forcieren, sodass eine bauliche Umsetzung bereits baldmöglichst erfolgen kann. Entsprechende Haushaltsmittel sind 2027 einzustellen.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin einstimmig dem abgeänderten Haushaltsantrag der GRÜNEN / CDU und SPD zu.

Haushaltsantrag 10 – CDU und FWW: 56.10.0700 Konzeptionen zum Klimaschutz

Herr Volk, Stellvertretender Leiter der Stabstelle Klimaschutz, geht kurz auf den Antrag sowie auf seine Stellungnahme dazu ein.

Oberbürgermeister Scharmann weist daraufhin, dass bereits zahlreiche Konzepte vorlägen, aus denen Maßnahmen abgeleitet werden konnten.

Stadtrat Gaupp äußert, dass man am vorliegenden Antrag festhalten wolle.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin bei 14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Haushaltsantrag der CDU und FWW zu.

Haushaltsantrag 11– GRÜNE und SPD: 56.10.0700 Konzeptionen zum Klimaschutz

Stadtrat Dr. Siglinger erklärt, dass man weiterhin zu dem Antrag stehe.

Stadtrat Künkele führt aus, dass die Umwandlung nach wie vor als sinnvoll erachtet werde.

Aufgrund der Unzulässigkeit des Antrags erfolgt keine Abstimmung.

Haushaltsantrag 12 – FWW: 56.10.0700 Konzeptionen zum Klimaschutz

Stadtrat Ebner führt aus, dass in allen Bereichen gespart werde und man den Antrag aufrechterhalten wolle.

Herr Volk, Stellvertretender Leiter der Stabstelle Klimaschutz, erläutert hierzu, dass ursprünglich Mittel für die Anschaffung einer Monitoring-Software vorgesehen waren. Diese entfielen jedoch, da stattdessen die bestehenden Möglichkeiten der Software der Stadtwerke genutzt werden könnten.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin bei 12 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Haushaltsantrag der FWW zu.

Haushaltsantrag 13 – CDU: 57.50.0000 Tourismus und Stadtmarketing

Stadtrat Gaupp erläutert kurz den Antrag seiner Fraktion und betont, dass man grundsätzlich zu Investitionen bereit sei, diese jedoch sinnvoll eingesetzt werden müssten.

Stadtrat Bergmüller äußert, er könne der Argumentation folgen. Es gehe nicht um ein Entweder-oder, sondern darum, Maßnahmen zu ergreifen, die den Gewerbetreibenden tatsächlich helfen. Die Verwaltung solle daher den Austausch mit den Gewerbetreibenden suchen, um deren Bedürfnisse zu ermitteln. Im Kern handle es sich um Wirtschaftsförderung, weshalb insbesondere mit denjenigen gesprochen werden solle, denen die Förderung zugutekommen solle.

Oberbürgermeister äußert, dass es sich nicht ausschließlich um Wirtschaftsförderung handle. Auch Bürgerinnen und Bürger sollten die Ortsmitten wieder stärker erleben können.

Stadtrat Zimmerle äußert, ihm sei wichtig, dass solche Maßnahmen nicht nur auf einen Bereich beschränkt blieben, sondern allen Ortsmitten zugutekomme.

Herr Müller, Wirtschaftsförderer der Stadt, führt aus, dass man dem Antrag zugestimmt habe und sich auf einem guten Weg sehe. Aktivitäten aus dem Vorjahr sollten auf weitere Stadtteile übertragen werden. Zudem seien erneute Gespräche mit Gewerbetreibenden in verschiedenen Stadtteilen geplant. Konkrete Maßnahmen würden zu gegebener Zeit ins Gremium eingebracht.

Stadtrat Dr. Siglinger äußert, dass angesichts der Haushaltslage Prioritäten gesetzt werden müssten, weshalb er den Antrag unterstütze.

Der Gemeinderat stimmt daraufhin bei 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung dem Haushaltsantrag der CDU zu.

Haushaltsantrag 14– GRÜNE: 61.10.0000 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgem. Umlagen

Der Gemeinderat stimmt bei 16 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen dem Haushaltsantrag der GRÜNEN zu.

Haushaltsantrag 15a – GRÜNE: 61.10.0000 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgem. Umlagen

Herr Weingärtner, Leiter der Finanzverwaltung, führt aus, dass Antrag 15a weiter gehe als Antrag 15b. Daher habe man vorgeschlagen, Antrag 15a abzulehnen und stattdessen die Voraussetzungen für Antrag 15b zu prüfen.

Stadtrat Dr. Siglinger erklärt, die Anträge von Grünen und SPD zielten in eine ähnliche Richtung. Für eine Prüfung müsse man die Größenordnung wissen. Die Daten müssten erhoben werden, notfalls auch durch kreative Lösungen wie Kooperationen mit Hochschulen. Ziel sei eine fundierte und belastbare Prüfung.

Herr Weingärtner äußert, dass die einzelnen Punkte des Antrags in eine sinnvolle Reihenfolge gebracht werden müssten, um eine Entscheidungsgrundlage für die Haushaltsberatungen 2027 zu schaffen.

Zentrale Grundlage sei dabei das Baulückenkataster sowie der Aufwand zu dessen Aktualisierung.

Erste Bürgermeister Deißler zeigt Verständnis für die Anträge und schlägt vor, zunächst den aktuellen Stand des Baulückenkatasters darzustellen, um eine bessere Einschätzung zu ermöglichen.

Stadtrat Witzlinger weist darauf hin, dass Baulücken vorhanden seien und Handlungsbedarf bestehe. Angesichts der aktuellen Personalsituation halte er eine Umsetzung jedoch derzeit für nicht möglich und regt an, den Antrag zur Entlastung der Verwaltung zurückzuziehen.

Stadtrat Dr. Siglinger führt aus, dass der Antrag angesichts der derzeitigen personellen Situation der Verwaltung zurückgezogen werde. Die Prüfung der Grundsteuer C solle jedoch unabhängig davon weitergeführt werden.

Haushaltsantrag 15b – SPD: 61.10.0000 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allg. Umlagen

Stadtrat Künkele macht kurze Ausführungen zum Antrag.

Stadtrat Ebner stellt sodann gemäß § 17 Abs. 5 in Verbindung mit § 21 Abs. 4 Buchstabe b der Geschäftsordnung einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Beratung und Abstimmung über den Haushaltsantrag.

Diesem wird mit 19 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen zugestimmt.

Anschließend wird über den Haushaltsantrag der SPD abgestimmt.

Der Gemeinderat lehnt daraufhin bei 8 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen den Haushaltsantrag der SPD ab.

Haushaltsantrag 16– CDU: 61.10.0000 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allg. Umlagen

Der Gemeinderat stimmt bei 20 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung dem Haushaltsantrag der CDU zu.

Haushaltsantrag 17– CDU: Personalaufwendungen verschiedene Produkte

Herr Beck, Leiter des Haupt- und Personalamts, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung und ergänzt diese durch weitere Ausführungen.

Stadtrat Gaupp führt aus, dass der Antrag aus der gemeinsamen Diskussion in der Haushaltsstrukturkommission hervorgegangen sei. Ziel sei es, insbesondere freiwillige Aufgaben zu überprüfen und gemeinsam mit der Verwaltung zu klären, welche Leistungen künftig nicht mehr angeboten werden sollten. Dies stelle aus seiner Sicht eine notwendige Vorgehensweise dar, um die Handlungsfähigkeit der Stadt zu sichern. Kündigungen oder Stellenabbau seien dabei nicht beabsichtigt.

Der Gemeinderat stimmt bei 13 Ja-Stimmen und 9 Nein-Stimmen dem Haushaltsantrag der CDU zu.

Weitere Änderungsvorschläge der Verwaltung aus der BU 027/2026:

Die Änderungsvorschläge der Verwaltung a) bis c) werden zur Abstimmung gestellt:

Vorschlag a): Der Gemeinderat stimmt einstimmig den Änderungsvorschlägen der Verwaltung zu.

Vorschlag b): Der Gemeinderat stimmt einstimmig den Änderungsvorschlägen der Verwaltung zu.

Vorschlag c): Der Gemeinderat stimmt bei 16 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung den Änderungsvorschlägen der Verwaltung zu.

**3.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026
- Änderungsvorschläge der Verwaltung zum
Haushaltsplanentwurf**

BU Nr. 001/2026

Auf einen Sachvortrag sowie eine Aussprache wird verzichtet.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Den in der Anlage aufgeführten Änderungsvorschlägen der Verwaltung zum Haushaltsplanentwurf wird zugestimmt.

3.4. Verabschiedung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplans 2026

Der Leiter der Finanzverwaltung, Herr Weingärtner, stellt die aufgrund der bei den vorangegangenen Tagesordnungspunkten erfolgten Beschlussfassungen die fortgeschriebenen Planwerte der Haushaltssatzung dar.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig:

Der mittelfristigen Finanzplanung und dem Investitionsprogramm wird zugestimmt.

Anschließend verabschiedet der Gemeinderat einstimmig die folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026:

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Gemeinderat am 26.02.2026 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der Haushaltsplan wird festgesetzt

1. im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen EUR

1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	91.362.000
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	98.406.700
1.3	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	-7.044.700
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0
1.6	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	0
1.7	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6)	-7.044.700

2. im Finanzhaushalt mit folgenden Beträgen

2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	90.103.700
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	93.363.200
2.3	Zahlungsmittelüberschuss (+) / -bedarf (-) des Ergebnishaushaltes (Saldo aus 2.1 und 2.2)	-3.259.500
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	8.955.000
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	10.957.700
2.6	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss (+) / -bedarf (-) aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	-2.002.700
2.7	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss (+) / -bedarf (-) gesamt (Saldo aus 2.3 und 2.6)	-5.262.200
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	6.168.500
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	906.300
2.10	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss (+) / -bedarf (-) aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	5.262.200
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestandes, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10)	0

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 6.168.000
davon für die Ablösung von inneren Darlehen auf 0

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf 7.120.000

4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 5.000.000 EUR.

§ 5 Steuersätze

Die Steuersätze (Hebesätze) werden festgesetzt

- | | |
|---|----------|
| 1. für die Grundsteuer | |
| a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf | 390 v.H. |
| b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf | 285 v.H. |
| der Steuermessbeträge; | |
| 2. für die Gewerbesteuer auf | 385 v.H. |
| der Steuermessbeträge | |

Weinstadt, den 26.02.2026

Michael Scharmann
Oberbürgermeister

4. **Das W - Hallenbad Weinstadt; Öffentlicher Betrieb als Ganzjahresbad - Grundsatzentscheidung** **BU Nr. 015/2026**

Auf einen Sachvortrag sowie eine Aussprache wird verzichtet.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Dem Ganzjahresbetrieb des neuen Hallenbades wird wie vorgestellt, zugestimmt.**
2. **2026 erfolgt kein zusätzlicher Verlustausgleich der Stadt gegenüber den Stadtwerken. Im Zuge der Haushalts-/Wirtschaftsplanung 2027 erfolgt eine Überprüfung des zusätzlichen Verlustausgleichs im Sinne des Gesamtkonzerns Stadt Weinstadt für die Jahre 2027 ff.**

5. **Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften Schön- bühl - 2. Änderung und Erweiterung (Solarpark Schön- bühl - Teilfläche Weinstadt)** **BU Nr. 168/2025**
- **Zustimmung zum Abwägungsvorschlag aus frühzeiti- ger**
Öffentlichkeitsbeteiligung und frühzeitiger Unterrich- tung der Behörden
- **Billigung des Bebauungsplanentwurfs und der Örtli- chen Bauvorschriften**
- **Auslegungsbeschluss**

Stadtrat Dobler erklärt sich für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

Auf einen Sachvortrag sowie eine Aussprache wird verzichtet.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Gemeinderat stimmt den Abwägungsvorschlägen zu den im Zuge der früh- zeitigen Unterrichtung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange sowie der Öffentlichkeit entsprechend zu.**
2. **Der Gemeinderat billigt den Bebauungsplanentwurf und den Entwurf der Örtli- chen Bauvorschriften vom 19.11.2025 mit der Begründung vom 19.11.2025.**
3. **Der Gemeinderat beschließt gem. § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanentwurfs und der Örtlichen Bauvorschriften sowie die Betei- ligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belang gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.**

6. **Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften Solar- park Ellenrain** **BU Nr. 170/2025**
- **Zustimmung zum Bebauungsplanvorentwurf**
- **Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlich- keit**
sowie der Behörden und sonstigen Trägern öffentli- cher Belange

Stadtrat Dobler erklärt sich für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

Auf einen Sachvortrag sowie eine Aussprache wird verzichtet.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- 1.) **Der Gemeinderat stimmt dem Bebauungsplanvorentwurf und Vorentwurf der Örtlichen Bauvorschriften vom 19.11.2025 mit der Begründung zu.**
- 2.) **Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage des Vorentwurfs des Bebauungsplans und der Örtlichen Bauvorschriften Solarpark Ellenrain, in der Fassung vom 19.11.2025 durchzuführen.**

Stadtrat Dobler nimmt wieder am Sitzungstisch Platz.

7. Berichte, Bekanntgaben und Verschiedenes

7.1. Nachsperrungen zwischen Weinstadt-Baach und Baltmannsweiler

Stadträtin Heß nimmt Bezug auf ihre bereits übersandte Anfrage bezüglich der Nachsperrungen zwischen Weinstadt-Baach und Baltmannsweiler.

Oberbürgermeister Scharmann teilt mit, dass die Antwort bereits erstellt sei und demnächst über den Gremiendienst zugehe. Er führt ergänzend kurz zum Sachverhalt aus.

ZUR BEURKUNDUNG

Weinstadt, den

Vorsitzender

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den

Gremiumsmitglied

Weinstadt, den 17.03.2026

Schriftführerin